

Satzung zum Geschützten Landschaftsbestandteil „Alte Wietze“

Gem. Abl. 2011, S. 18

Präambel:

Aufgrund des § 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 28.10.2006 (Nds. GVBl. S 473), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 07.12.2006 (Nds. GVBl. S. 575) und des § 22 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG vom 19.02.2010 Nds. GVBl. Nr. 6/2010 S. 104 ff) hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 16.12.2010 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Geschützter Landschaftsbestandteil

Der in der Gemarkung Isernhagen-Süd, nördlich des Karl-Drechsler-Wegs und des Fritz-Goy-Wegs gelegene Altarm der Wietze sowie die südlich angrenzende Waldfläche werden in dem in § 2 angegebenen Bereich zum geschützten Landschaftsbestandteil erklärt.

Es handelt sich um die Flurstücke 98/16 und 33/24 der Flur 25.

§ 2

Geltungsbereich

Die örtliche Lage und die Abgrenzung der geschützten Fläche ist in der in der Anlage beige-fügten Karte im Maßstab 1:2000 dargestellt. Die geschützte Fläche ist dort durch eine Mar-kierung umgrenzt eingezeichnet. Die Grenze verläuft auf der Mitte der Markierung.

§ 3

Schutzzweck und -ziel

Die Erklärung zum geschützten Landschaftsbestandteil erfolgt, weil

- die Fläche wegen ihrer Strukturvielfalt Lebensraum für bedrohte Tierarten bietet und da-mit zur Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes beiträgt,
- die Fläche neben wichtigen ökologischen Funktionen auch einen historischen Wert be-sitzt,
- die Fläche zur Verbesserung des Stadtklimas beiträgt,

mit den Zielen,

- den Altarm zu erhalten, vor schädlichen Einwirkungen zu bewahren und Pflegemaßnah-men durchführen zu können,
- die Baum- und Strauchflächen sowie die Pflanzendecke zu erhalten,
- den bedrohten wild wachsenden Pflanzen- und wild lebenden Tierarten eine natürliche Entwicklung zu gewährleisten,

- Störungen fernzuhalten

§ 4 Verbote

Im geschützten Landschaftsbestandteil sind folgende Handlungen verboten:

1. den geschützten Landschaftsbestandteil zu entfernen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. Bäume, Sträucher oder Pflanzen zu beseitigen oder zu beschädigen,
3. die Bodengestalt zu verändern und Fremdmaterial wie Laub, Heckenschnitt oder sonstigen Abfall einzubringen,
4. Gewässer und Feuchtflächen (z.B. Nassstellen, Röhrichte, Sümpfe) zu verändern oder zu beseitigen,
5. besonders geschützte Lebens- und Zufluchtsstätten schutzbedürftiger Pflanzen und Tiere wie Röhrichte oder Waldmäntel zu beseitigen oder zu verändern,
6. bisher nicht als Wald genutzte Flächen aufzuforsten,
7. Wald, Gebüsch und Röhricht von Haustieren beweiden zu lassen,
8. Wege zu befestigen,
9. bauliche Anlagen aller Art zu errichten, auch wenn sie keiner Baugenehmigung nach der Niedersächsischen Bauordnung bedürfen,
10. den Landschaftsbestandteil oder Teile davon zu befahren oder dort zu reiten,
11. das Abbrennen der Pflanzendecke und der Gebrauch von Feuer,
12. frei lebenden Tieren nachzustellen, sie zu beunruhigen, Gelege zu sammeln, Haustiere frei laufen zu lassen oder Fische einzusetzen.

§ 5 Freistellungen

Von den Verboten des § 4 sind freigestellt:

13. die bisherige Nutzung sowie eine Nutzung, auf deren Ausübung bei Inkrafttreten dieser Satzung ein durch behördliche Zulassung begründeter Anspruch bestand,
14. die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung im Sinne von § 5 des BNatSchG¹,
15. die Durchführung von der Naturschutzbehörde angeordneter und mit dem Eigentümer und Nutzer abgestimmter Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen,
16. Maßnahmen, die nach den Vorgaben des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) erforderlich sind.

§ 6 Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Von den Verboten des § 4 ist auf Antrag eine Ausnahme zu erteilen wenn, eine zulässige bauliche Nutzung anders nicht oder nur unter unzumutbaren Einschränkungen verwirklicht werden kann.
- (2) Von den Verboten des § 4 kann die Landeshauptstadt Hannover auf Antrag Befreiung gewähren, wenn
 - a) dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist, oder

¹ Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.07.2009, BGBl. I, S. 2542 ff

- b) die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist.
- (3) Ausnahmen und Befreiungen können mit Nebenbestimmungen versehen werden. Sie können Empfänger von Ausnahmen und Befreiungen zu angemessenen Ersatzpflanzungen verpflichten oder, soweit dies nicht möglich ist, zur Leistung von Ersatz in Geld verpflichten.

§ 7 Folgebeseitigung

- (1) Wer entgegen § 4 ohne Ausnahme oder Befreiung einen geschützten Landschaftsbestandteil entfernt, zerstört oder beschädigt, ist verpflichtet, auf eigene Kosten den entfernten oder zerstörten Landschaftsbestandteil in angemessenem Umfang zu ersetzen oder die eingetretenen Nachteile für den Landschaftsbestandteil zu beseitigen.
- (2) Die gleichen Verpflichtungen treffen den Eigentümer oder Nutzungsberechtigten, wenn ein Dritter mit ihrer Zustimmung oder Duldung eine nach § 4 verbotene Handlung begeht oder sie einen Ersatzanspruch gegen den handelnden Dritten haben.
- (3) Besteht keine Folgebeseitigungspflicht nach den Absätzen 1 und 2 oder nach § 2 Absatz 2 NAGBNatSchG, ist die Landeshauptstadt Hannover berechtigt, die nach Absatz 1 erforderlichen Maßnahmen auf eigene Kosten durchzuführen. Der Eigentümer und der Nutzungsberechtigte haben diese Maßnahmen zu dulden.

§ 8 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem geschützten Landschaftsbestandteil eine nach § 4 verbotene Handlung vornimmt, gegen Nebenbestimmungen in einer Ausnahme oder Befreiung verstößt oder seiner Verpflichtung nach § 7 trotz einer Anordnung nicht nachkommt, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 6 Abs.2 Niedersächsische Gemeindeordnung.
- (2) Ordnungswidrigkeiten nach Abs.1 können mit einer Geldbuße bis zu 5000 € geahndet werden.

